

Die politische Woche in den USA

Iran, Epstein-Akten und Massenproteste: Probleme für Trump an vielen Fronten

Die letzte Woche war in den USA politisch sehr turbulent. Trump scheint mit dem Iran von den Protesten im Land und von den neu veröffentlichten Epstein-Akten ablenken zu wollen, aber selbst seine Unterstützer sind bei einem Angriff auf den Iran skeptisch.

Von Thomas Röper

2.2.2026

<https://anti-spiegel.ru/2026/epstein-akten-und-massenproteste-probleme-fuer-trump-an-vielen-fronten/>

Wie jeden Montag veröffentlichte ich auch heute den [Bericht](#), den der USA-Korrespondent zum wöchentlichen Nachrichtenrückblick des russischen Fernsehens beigesteuert hat, um zu zeigen, wie anders als in Deutschland in Russland über die politischen Ereignisse der letzten Woche berichtet wird.

Beginn der Übersetzung:

Iran im Visier: Trumps Absichten

Die amerikanische Agenda spitzt sich sowohl international als auch innenpolitisch immer weiter zu. Massenproteste mit Straßenkämpfen breiten sich von Minnesota aus und eine neue Welle persönlicher Anschuldigungen, die er nicht ignorieren kann, trifft Trump. Der US-Präsident steckt wie immer im Kampf um die Macht, hatte aber trotzdem Zeit, im Weißen Haus ein Foto mit Putin aufzuhängen. Unser USA-Korrespondent berichtet über die politische Woche in den USA.

Wenn man amerikanischen Fernsehsendern glauben will, sind es noch genau 24 Stunden bis zu einem US-Angriff auf den Iran. Präsident Trump erhöht den Druck auf den Iran und erwägt Angriffe auf Ziele im Iran, sollte Teheran die Zusammenarbeit beim Atomabkommen verweigern und weiter Demonstranten töten.

Trump selbst bevorzugt, getreu den Prinzipien der „Bulldozer-Diplomatie“, eine Strategie des wechselnden Drucks. Das heißt, er kann nicht nur Druck auf-, sondern auch abbauen und gegebenenfalls den Weg für Verhandlungen ebnen. Besonders dann, wenn er gute Stimmung ist, wie nach einer Party

im exklusiven Alfalfa Club in Washington, wo sich hinter verschlossenen Türen die reichsten und mächtigsten Amerikaner treffen und von wo Trump, noch im Smoking, direkt zum Flugplatz gefahren ist. Im Flugzeug sagte er zu Journalisten: „Man kann sie dazu bringen, einen zufriedenstellenden Deal ohne Atomwaffen abzuschließen. Das müssen sie tun, ich weiß nicht, ob sie es tun werden. Aber sie reden mit uns, und zwar ernsthaft.“

Vielleicht werden Doha oder Riad, nachdem sie von den konkreten Plänen der USA erfahren haben, diese tatsächlich nicht geheim halten, aber das sicher nicht wegen einer plötzlichen Liebe zum Iran. Die gab und gibt es nicht. Im Nahen Osten erinnern sich sowohl Sunniten als auch Schiiten einfach zu gut daran, wohin die von den Amerikanern geebneten Wege zum Wohlstand führen, allein beim Aufbau der Demokratie im Irak kamen über eine Million Menschen ums Leben. Alle sind sich einig, dass der Konflikt zu einem neuen großen Krieg eskalieren könnte. Deshalb war Trump gezwungen, Funkstille zu verhängen.

Ein hochrangiger Regierungsbeamter eines Landes des Golf-Kooperationsrates sagte gegenüber Fox News, dass „die USA ihre Ziele und Pläne“ in Bezug auf den Iran nicht mit ihren Verbündeten am Golf geteilt haben. „Saudi-Arabien wird nicht zulassen, dass sein Luftraum für Angriffe auf Israel, die Houthis und den Iran genutzt wird. Diese Position bleibt unverändert. Saudi-Arabien wird nicht zulassen, dass sein Luftraum in einem Krieg genutzt wird, an dem es nicht beteiligt ist“, erklärte der Beamte.

Der US-Präsident ist jedoch sicher, auch ohne fremde Hilfe klarzukommen, wie er sagte: „Wir haben eine große Armada – Flottille – nennen Sie es, wie Sie wollen, die sich gerade auf den Iran zubewegt. Sie ist sogar noch größer als die, die wir im Fall Venezuela hatten. Wenn wir eine Einigung erzielen, umso besser. Wenn nicht, werden wir sehen, was passiert.“

Nur ist Teheran nicht Caracas. Die militärischen Kapazitäten der Islamischen Republik übertreffen die der Bolivarischen Republik bei Weitem. Und Washington wird im Iran sicherlich nicht so schnell eine fünfte Kolonne aufstellen können. Wie im Fall Venezuela den Befehl zur Eliminierung oder Gefangennahme iranischer Führungskräfte zu erteilen, gilt selbst in Washington als riskantes Unternehmen, wie das Wall Street Journal berichtete: „Trump hat seine Berater beauftragt, Optionen für schnelle und entscheidende Schläge auszuarbeiten, die keinen langwierigen Krieg im Nahen Osten riskieren würden‘, so offizielle Angaben. ,Das ideale Szenario wäre ein so harter Schlag gegen das Regime, dass es gezwungen wird, den US-Forderungen bezüglich seines Atomprogramms nachzukommen und politische Gefangene freizulassen‘, hieß es weiter.“

Ob es sich dabei um einen Bluff, eine Eskalation oder tatsächliche Vorbereitungen für eine Invasion handelt, darüber kann sich jeder seine eigene Meinung bilden.

Allem Anschein nach ist die Streitmacht ausreichend. Ein Luftgeschwader, bestehend aus trägergestützten F-18-Kampfjets – B-2 und B-52 vom Luftwaffenstützpunkt Diego Garcia könnten jederzeit hinzukommen – hat bereits mit Übungen für mögliche Angriffe begonnen. Und Eine Kampfgruppe unter Führung des Flugzeugträgers USS Abraham Lincoln, Zerstörern und Kriegsschiffen. Und das ist nur ein Bruchteil der US-Streitkräfte in der Region. Was bedeutet das alles?

John Teichert, Brigadegeneral a. D. der US-Luftwaffe, sagte im US-Fernsehen: „Das ist eine beeindruckende, majestätische Armada, die dem Präsidenten eine Vielzahl von Optionen bietet – offensive wie defensive – sowie die Möglichkeit, Schiffe in der Region zu blockieren.“

Die New York Times behauptet, Irans Weigerung, das Ultimatum anzunehmen, sei der Tropfen gewesen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Von diesem Moment an habe Trump angeblich den Countdown gestartet: „Amerikanische und europäische Beamte geben an, während der Gespräche drei Forderungen an die Iraner gestellt zu haben: ein dauerhaftes Ende der Urananreicherung und die Vernichtung der vorhandenen Bestände, Begrenzungen von Reichweite und Anzahl der ballistischen Raketen sowie die Beendigung jeglicher Unterstützung für Stellvertretergruppen im Nahen Osten, darunter Hamas, Hisbollah und die im Jemen operierenden Houthis.“

In diesem Zusammenhang dürfte die jüngste Aussage von Larijani, dem Chef des Nationalen Sicherheitsrats der Islamischen Republik, vielleicht Optimismus wecken, denn er schrieb, dass trotz der Atmosphäre des Medienkriegs weiterhin ein Verhandlungsrahmen erarbeitet werde.

Doch die Zahl der Streitpunkte zwischen den USA und dem Iran nimmt stetig zu. Jüngster Streitpunkt ist Washingtons Forderung nach einer Begrenzung der Reichweite iranischer ballistischer Raketen, was eindeutig über den Rahmen jeglicher Atomverhandlungen hinausgeht. Für Teheran antwortete der iranische Außenminister Abbas Araghchi wie folgt: „Wir sind absolut nicht bereit, Diktate und auferlegte Bedingungen zu akzeptieren. Die bisherige Erfahrung hat gezeigt, dass es den USA im Verhandlungsprozess an Ehrlichkeit und gutem Willen mangelt. Der Iran ist jedoch bereit, sich an jedem sinnvollen, logischen und fairen diplomatischen Prozess zu beteiligen, der unsere legitimen Interessen und Anliegen berücksichtigt. Die Islamische Republik Iran ist bereit, zu Atomverhandlungen zurückzukehren.“

Auch die iranischen Streitkräfte machen ihre Arbeit. Sie führen im Persischen Golf Übungen mit scharfer Munition durch. Dabei nehmen sie ebendiese US-Flotte, einschließlich des Flugzeugträgers „Abraham Lincoln“, ins Visier. Und natürlich behalten sie die US-Stützpunkte im Nahen Osten im Auge, wie Mohammad Akraminia, der Sprecher der iranischen Armee, erklärte: „Die Amerikaner verfügen über

zahlreiche Stützpunkte, die alle in Reichweite unserer Mittelstreckenraketen liegen, wir müssten nicht einmal Langstreckenraketen einsetzen.“

Und genau das ist der gesuchte Casus Belli, der Kriegsgrund, den Amerika nicht hat, wie Marco Rubio, US-Außenminister und Nationaler Sicherheitsberater des Präsidenten, andeutete: „Die Ausgangslage ist folgende: Wir haben 30.000 bis 40.000 amerikanische Soldaten an acht oder neun Standorten in der Region stationiert. Alle diese Standorte sind in Reichweite Tausender iranischer Drohnen und Kurzstreckenraketen, die unsere militärische Präsenz bedrohen. Der Präsident behält sich stets das Recht auf präventive Verteidigung vor.“

Eine präventive Verteidigung der amerikanischen Grenzen 11.000 Kilometer von den US-Grenzen entfernt ist etwas, dem selbst republikanische Wähler nicht mehr uneingeschränkt zustimmen. 57 Prozent der Amerikaner sind gegen das iranische Abenteuer. Und auch gegen andere Abenteuer. Die Anhörung des Außenministers vor dem Senatsausschuss für auswärtige Beziehungen begann mit einem Störversuch, als ein Anwesender ein Plakat zur Unterstützung Venezuelas hochhielt und Rubio als Kriegsverbrecher bezeichnete.

Auf dem Plakat stand „Hände weg von Venezuela“ und venezolanische Flaggen sind bei Protesten gegen das Vorgehen der US-Einwanderungsbehörden häufig zu sehen. Es zeigt sich, dass die außenpolitische Agenda nicht nur nicht von der innenpolitischen ablenkt, sondern die Krise sogar verschärft und zu einem perfekten Sturm wird. Weder der Iran noch Grönland werden die schwelende Unzufriedenheit über das Vorgehen der ICE-Beamten besänftigen. Chicagos Bürgermeister geht voran und ist der erste Bürgermeister, der die Stadtpolizei direkt anweist, gegen Bundesbehörden zu ermitteln: „Wir warnen die Einwanderungsbehörde ICE in unserer Stadt. Chicago wird nicht tatenlos zusehen, wie Trump Bundesagenten in unsere Viertel schickt und unsere Einwohner terrorisiert.“

Und in Minnesota, wo zwei US-Bürger – Renee Goode und Alex Pretty – von ICE-Beamten getötet wurden, demonstrieren Menschen trotz Temperaturen unter Minus 20 Grad. Eine Demonstrantin sagte uns: „Wir sehen unsere Politiker nicht hier. Wo ist Obama? Wo ist Kamala? Niemand tut etwas. Und Menschen sterben.“

„ICE, hau ab!“, diesen Slogan rufen Demonstranten von Küste zu Küste. BLM 2.0 erfasst Amerika, genau wie 2020.

Auch republikanisch regierte Bundesstaaten schließen sich den demokratisch regierten an, wo ebenfalls eine Welle von Razzien gegen illegale Einwanderer stattgefunden hat. Im Fernsehen gab es Eilmeldungen: „Breaking News. In den gesamten USA finden Massenproteste statt. Sie richten sich gegen die Einwanderungsbehörde ICE und Präsident Trumps harte Maßnahmen gegen Einwanderer.“

Zehntausende Menschen gingen in Minneapolis trotz der eisigen Kälte auf die Straße. Dies ist Teil eines landesweiten Protests. Ähnliche Bilder gibt es von Los Angeles bis New York.“

Los Angeles ist, wie schon während BLM, eine der Hochburgen der Proteste. Offenbar sind die Demonstranten bereit, alles zu wiederholen. Draußen ist es warm und die Randalierer nutzten die Gelegenheit sofort. Sie stürmten ein Gefängnis, in dem Migranten untergebracht sind, und blockierten anschließend eine Tiefgarage. Die Polizei setzte Tränengas ein. Die aktivsten Demonstranten wurden festgenommen.

Die Vorahnung eines Bürgerkriegs liegt in der Luft.

Trump wurde gefragt: „Was Minneapolis betrifft, hat der Gouverneur die Situation kürzlich mit Fort Sumter verglichen, als wolle er andeuten, dass dies der Beginn eines Bürgerkriegs sei. Stimmen Sie ihm zu?“

„Hat der Gouverneur das gesagt? Ach was. er weiß, was Fort Sumter ist? Oder hat ihm jemand das Wort aufgeschrieben? Wenn man sich Minneapolis anschaut, ist die Kriminalitätsrate dort gesunken, weil wir Tausende Leute vertrieben haben, trotz der Unruhen. Wissen Sie, tatsächlich sind die Randalierer und bezahlten Provokateure schuld. Sehen Sie sich ihre Schilder an, die sind professionell gemacht. Ich hätte auch gern eins. Alle Demonstranten haben neue Holzschilder mit einem Ledergriff unten. Aber wir wissen, wer das alles finanziert“, antwortete Trump.

Sie finanzieren das, um die Spuren von noch größerer Korruption zu verwischen, ist sich Trump sicher. In Minnesota waren Demokraten in Sozialbetrug in der somalischen Gemeinde verwickelt, der sich auf über eine Milliarde Dollar belief. Die prominenteste Vertreterin dieser Gemeinde, Elhamam Omar, wurde kürzlich während einer Rede im Rathaus von Minneapolis angegriffen.

Der Angreifer, ein gewisser Anthony Kazmierczak, bespritzte sie mit Essig. Möglicherweise wollte er damit andeuten, dass gegen Omar und ihren Mann ermittelt wird, weil sie Millionen mit einem nicht existierenden Weingut verdient haben.

Unangenehme Folgen könnten auch diejenigen erwarten, die bei der Wahl 2020 in Georgia Stimmen für Biden manipuliert haben. Im Wahlamt des Bundesstaates haben Durchsuchungen begonnen.

Straight Arrow News berichtete: „Nachdem die Geheimdienstchefin bei der FBI-Razzia wegen der Wahl 2020 gesehen wurde, gibt es immer neue Fragen. Fotos zeigen die Direktorin des Nationalen Nachrichtendienstes Tulsi Gabbard mit Baseballkappe in einem Wahlamt in Georgia, wo Bundesagenten eine Durchsuchung durchführten. Ein höchst ungewöhnlicher Auftritt einer Geheimdienstchefin bei einem Polizeieinsatz. Warum war sie dort? Laut einem exklusiven Bericht des Wall Street Journal leitete Gabbard monatelang im Stillen die Bemühungen der Trump-Regierung, das Wahlergebnis von 2020 zu

überprüfen. Sie analysierte Wählerdaten, untersuchte Vorwürfe ausländischer Einmischung und versuchte, mögliche kriminelle Aktivitäten aufzudecken.“

Die Demokraten reagieren asymmetrisch. Ihre Weigerung, das Ministerium für Innere Sicherheit und die Einwanderungs- und Zollbehörde ICE zu finanzieren, führt zum zweiten Shutdown der US-Regierung während Trumps Amtszeit, wozu Chuck Schumer, der demokratische Minderheitsführer im US-Senat, sagte: „Die Demokraten im Senat werden dem Haushaltsgesetz für das Heimatschutzministerium nicht zustimmen, solange die Befugnisse der ICE nicht eingeschränkt und die Gewalt nicht beendet werden. Die mobilen Patrouillen müssen aufhören. Die Beamten müssen zur Rechenschaft gezogen werden, ihre Masken abnehmen und Bodycams einschalten. Jeder Beamte muss leicht identifizierbar sein.“

Auch die Veröffentlichung von drei Millionen Seiten im Epstein-Fall durch das US-Justizministerium könnte man als De-Anonymisierung betrachten. Darüber berichtete CNN: „Mehr als drei Millionen Seiten, 2.000 Videos und 180.000 Bilder. Ein CNN-Team prüft sorgfältig die größte und laut Justizministerium letzte Aktensammlung zu Jeffrey Epstein. Das ist ein riesiger Berg an Dokumenten, in denen einige der reichsten und mächtigsten Menschen der Welt namentlich genannt werden. Darunter sind der amtierende Präsident, ein ehemalige Präsident, Kabinettsmitglieder, ehemalige Premierminister, Milliardäre – die Liste ließe sich endlos fortsetzen.“

Donald Trumps Name wird etwa 3.000 Mal erwähnt. Der brisanteste Vorfall betrifft die Aussage eines Mädchens, das behauptet, 1994 im Alter von 13 Jahren unter dem Vorwand einer Modelkarriere auf Epsteins Party in New York gelockt und dort vergewaltigt worden zu sein. Hier ein Zitat aus dem Dokument: „Eine ungenannte Freundin berichtete, dass sie vor etwa 35 Jahren in New Jersey gezwungen wurde, Präsident Trump oral zu befriedigen. Die Freundin erzählte Alexis, dass sie damals etwa 13 oder 14 Jahre alt war und dass sie Präsident Trump während des Oralverkehrs gebissen habe. Als sie darüber lachte, sei ihr ins Gesicht geschlagen worden. Die Freundin gab an, auch von Epstein missbraucht worden zu sein.“

Das Dokument selbst enthält keine neuen Beweise, Fotos oder DNA-Proben. Eine detailliertere Anschuldigung stammt aus einer Zivilklage aus dem Jahr 2016, die im Namen einer Frau namens Katie Johnson eingereicht und von deren Anwälten wenige Tage vor Trumps erster Wahl zum Präsidenten zurückgezogen wurde.

Die Akten erwähnen auch Steve Bannon, den damaligen Architekten des republikanischen Präsidentschaftswahlkampfs, der sich wiederholt mit dem milliardenschweren Pädophilen getroffen hat. Auch Trumps Schwiegersohn Kushner wird erwähnt, dem ein Zeuge Verbindungen zum Mossad

unterstellte. Elon Musk, der angeblich wiederholt versucht haben soll, sich in Epsteins ausschweifende Partys auf der Insel einzuschleichen, wird ebenfalls erwähnt.

Laut den Akten hat sich Microsoft-Gründer Bill Gates in Epsteins Villa mit einer Geschlechtskrankheit infizierte und seiner Frau sogar Antibiotika untergemischt, um zu verhindern, dass sie die Affäre entdeckte. Eine Person mit dem Spitznamen „Präsident Bush I.“ wird in den Dokumenten ebenfalls erwähnt. Dabei geht es um eine weitere Vergewaltigung.

Chuck Schumer erklärte: „Diese Veröffentlichungen werfen weit mehr Fragen auf, als sie beantworten. Die Zahlen des Justizministeriums ändern sich ständig. Sie behaupten, sechs Millionen Seiten gesammelt zu haben, veröffentlichen aber nur drei Millionen. Was ist mit den anderen drei Millionen passiert? Was ist darin? Und schließlich: Wurden alle Dokumente, in denen Trump erwähnt wird, veröffentlicht? Wir brauchen Antworten.“

Es gab auch einige unzufriedene Republikaner. Insgesamt gleichen die Epstein-Akten immer mehr einer Büchse der Pandora, und zwar einer ohne Boden. Das ist praktisch, denn in einem Wahljahr für den Kongress kann da jeder alles Mögliche hineinstopfen. Und erst recht herauszuholen.

Ende der Übersetzung